

RADIKALISMUS

Soziale Arbeit gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit

VON BRIGITTE DÖCKER UND PETER WIDMANN



Brigitte Döcker ist Vorständin des Arbeiterwohlfahrt Bundesverbands, Sozialmanagerin und QM-Auditorin.
www.awo.org



Dr. Peter Widmann ist Referent für Migration beim Arbeiterwohlfahrt Bundesverband und zuständig für die Jugendmigrationsdienste der Arbeiterwohlfahrt.
www.awo.org

Die seit einigen Jahren aggressiver auftretenden rechtspopulistischen Parteien und Organisationen fordern die Freie Wohlfahrtspflege in mehrfacher Weise heraus.

Einige Herausforderungen sind in den Einrichtungen vor Ort zu beobachten: AfD, Pegida und andere mobilisieren gegen Zielgruppen der Wohlfahrtsverbände, etwa gegen Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund. Mancherorts entstand ein Klima, in dem sich auch Mitarbeitende der Einrichtungen bedroht fühlen. Dass der Rechtspopulismus nicht mehr nur in Gestalt von Protestierenden und Parteimitgliedern in Erscheinung tritt, dass Einrichtungen und Verbandsgliederungen es inzwischen auch mit Personen zu tun haben, die etwa als Mitglieder von Gemeinde-, Stadt- oder Kreisräten öffentliche Funktionen innehaben, macht Fragen nach einer angemessenen Reaktion noch dringlicher.

Auch interne Herausforderungen zeigen sich. Das veränderte Klima ermutigt mitunter auch einzelne Mitarbeitende oder Verbandsglieder zu menschen- und demokratiefeindlichen Äußerungen. Das wirft die Frage auf, wie präsent verbandliche Identität und Grundwerte im Alltag sind, in schwerwiegenden Fällen sind Konsequenzen zur Beendigung der Beschäftigung bzw. Mitgliedschaft zu ziehen.

Andere Herausforderungen gehen über die örtliche Ebene hinaus. Der Rechtspopulismus konzentriert sich auf wenige Themen und emotionalisiert öffentliche Diskussionen durch Feindbilder. Das betrifft die Wohlfahrtsverbände insofern, als ihre Arbeit ein Kommunikationsklima erfordert, in dem ihre sozialpolitische Expertise Gehör findet, die auf Fachlichkeit, auf Erfahrungen aus unterschiedlichen Lebenswelten und auf Werten gründet.

Darüber hinaus haben rechtspopulistische Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag Träger von Projekten im Sozial- und Bildungsbereich als Angriffsziel ausgemacht. In Stellungnahmen und parlamentarischen Anfragen spiegelt sich ihr Bestreben, die öffentliche Förderung solcher zivilgesellschaftlicher Organisationen zu verhindern, die sich gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit engagieren. Wo politische Bildung zur Projektarbeit gehört, versuchen populistische Abgeordnete mit irreführenden Neutralitätsforderungen den Eindruck zu erwecken, dass Bildungsarbeit keine Stellung gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit beziehen dürfe.

Engagement

In der Arbeiterwohlfahrt besteht seit jeher eine besondere Aufmerksamkeit für die von demokratiefeindlichen und rassistischen Kräften ausgehende Gefahr. Sie resultiert auch aus der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, zu der die Zerschlagung der Organisation in der nationalsozialistischen Zeit und die Verfolgung vieler Aktiver gehört. Das rauer werdende gesellschaftliche und politische Klima gab der Arbeiterwohlfahrt in den vergangenen Jahren aber immer wieder Anlass, die Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu intensivieren.

Dazu gehörte, das eigene Selbstverständnis nach innen und außen sichtbarer zu machen. Im Jahr 2007 stellte die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt mit ihrem »Magdeburger Appell« klar, dass die Ideo-

logie der extremen Rechten den Grundwerten des Verbandes widerspricht. Nach dem Verbandsstatut sind Mitarbeit oder Mitwirkung in rechtsextremen Parteien und Organisationen mit dem Engagement für die Arbeiterwohlfahrt unvereinbar. Das gilt für die haupt- wie ehrenamtliche Arbeit wie für die Mitgliedschaft im Verband.

Vor dem Hintergrund eines inzwischen in den Parlamenten vertretenen Rechtspopulismus, der sich zumindest in Teilen bürgerlich-konservativ zu geben versucht, machte der Bundesausschuss der Arbeiterwohlfahrt im »Leipziger Appell« von 2019 noch einmal klar, dass alle Formen von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit dem Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt widersprechen. Auch das neue Grundsatzprogramm, beschlossen zum hundertjährigen Jubiläum des Verbandes im Dezember 2019, fordert das aktive Eintreten für die Demokratie und gegen alle Formen von Menschenfeindlichkeit.

Viele Aktive der Landes- und Bezirksverbände und der Arbeiterwohlfahrt vor Ort machen ihr Selbstverständnis in Aktionen und Projekten sichtbar, etwa bei der alljährlichen bundesweiten Kampagne »AWO gegen Rassismus – AWO für Vielfalt«, die seit 2012 während der Internationalen Wochen gegen Rassismus unter intensiver Beteiligung vieler Gliederungen stattfindet. Die Formate reichen dabei von der Aktion in der Fußgängerzone über Veranstaltungen, die Bevölkerungsgruppen in den Dialog miteinander bringen, bis zur Kampagne in den sozialen Medien.

Um dem Engagement Stetigkeit zu geben sind Strukturen nötig, welche die im Verband vorhandenen Erfahrungen und Kenntnisse zusammenführen. Ein Schritt zur Schaffung solcher Strukturen war im Jahr 2012 die Einsetzung einer regelmäßig tagenden Kommission gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf Bundesebene mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitenden aus Verbandsgliederungen und der Wissenschaft. Ein weiterer Schritt war 2020 die Einrichtung der Fachstelle »Zusammenhalt durch Teilhabe in der Sozialen Arbeit« beim AWO Bundesverband zur Vernetzung von Demokratieprojekten verschiedener Verbandsgliederungen, die das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat fördert.

Fortbildungskonzepte unterstützen die Gliederungen der Arbeiterwohlfahrt, das Selbstverständnis des Verbandes im Alltag zum Tragen zu bringen. Eine besondere

Rolle spielt dabei das Projekt »Den Menschen im Blick«, in dessen Rahmen die Arbeiterwohlfahrt mit dem Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München kooperiert. Von 2017 bis 2019 wurden in dem Projekt Konzepte zum professionellen Alltagshandeln in einer pluralen Gesellschaft entwickelt (vgl. SOZIALwirtschaft aktuell 14/2020). Dabei entstanden auch zwei mit der Arbeiterwohlfahrt entwickelte Fortbildungsbausteine eines Antidiskriminierungstrainings.

Der Fortbildung von Führungskräften, Mitarbeitenden, Ehrenamtlichen und Verbandsmitgliedern dienen außerdem praxisnahe Publikationen. Sie unterstützen dabei, Menschen- und Demokratiefeindlichkeit im Arbeitsalltag zu erkennen, auch wenn sie in weniger offenen Formen auftritt, und darauf angemessen zu reagieren. Zudem erläutern sie die Positionen der Arbeiterwohlfahrt, die der Sozialen Arbeit zugrunde liegenden Werte sowie Kontexte rassistischer Ideologien und Gewalt. Zur Erörterung aktueller Fragen veranstaltet der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband seit 2017 zudem jährlich ein Gesprächsforum zu Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Jenseits der Weiterentwicklung innerverbandlicher Kommunikation, der Organisationsstrukturen und Fortbildungsinhalte findet das Engagement gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit in der praktischen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt Ausdruck. Im Bereich der bundesweiten Aktivitäten zeigt sich das besonders deutlich im Programm »Respekt Coaches« der Jugendmigrationsdienste, das seit 2018 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. In dem Programm zur Demokratieförderung und Extremismusprävention an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stärken Fachkräfte an über 40 Standorten Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft gegen demokratiefeindliche Bestrebungen.

Perspektiven

Der Rechtspopulismus, die Feindlichkeit gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen und die Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen werden auch in den kommenden Jahren die Freie Wohlfahrtspflege herausfordern. Die Arbeiterwohlfahrt begreift die Arbeit gegen Demokratie- und Men-

schenfeindlichkeit deshalb als Dauer- und Querschnittsaufgabe. Dabei bedürfen die Konzepte der steten Weiterentwicklung, schon weil sich die Strategien der extremen Rechten an neue Gegebenheiten anpassen.

Eine besondere Chance für die Arbeit an der Demokratie ergibt sich daraus, dass die Arbeiterwohlfahrt als großer Wohlfahrtsverband ihre Aufgaben im engen Kontakt mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vor Ort umsetzt und Mitarbeitende, Ehrenamtliche und Mitglieder dadurch mit vielen Erfahrungshorizonten und Alltagswirklichkeiten vertraut sind. Diese Grundlage ermöglicht ein auf Toleranz und Respekt gründendes soziales Miteinander, das die Menschen im Alltag bereichert und zum gemeinsamen konstruktiven Handeln befähigt.

Während das Geschäftsmodell der Populisten darin besteht, Spaltungen zu vertiefen und Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufzubringen, realisiert die Arbeiterwohlfahrt ihr Leitbild einer solidarischen inklusiven Gesellschaft, die Schwache nicht zurücklässt und auf Menschen in Akzeptanz zugeht und sie zusammenbringt. Das tut sie täglich in der Nachbarschaft, in den Einrichtungen und Angeboten vor Ort. Indem sie das Miteinander fördert und die Lebensqualität der Menschen verbessert, trägt die Arbeiterwohlfahrt ganz praktisch zur gesellschaftlichen Depolarisierung und zum sozialen Zusammenhalt bei. ■

Literatur

- Schellenberg, Britta (2020): Training Antidiskriminierung. Den Menschen im Blick. Schwerpunkt: Rassismus. Frankfurt am Main.
- AWO Bundesverband (2020) (Hg.): Vorurteile, Hass und Gewalt. Berlin.
- AWO Bundesverband (2019) (Hg.): Die Einwanderungsgesellschaft und der rechte Terror. Fakten und Folgerungen aus dem NSU-Prozess. Berlin.
- AWO Bundesverband (2019) (Hg.): AWO Positionen gegen Rechts. Argumente gegen rechtsradikale und menschenfeindliche Einstellungen. Berlin.
- AWO Bundesverband (2018) (Hg.): Rassismus, Ausgrenzung, Gewalt. Klärungen für die Soziale Arbeit. Berlin.
- AWO Bundesverband/Deutscher Caritasverband/Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband/Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband/Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (2017) (Hg.): Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung. Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Berlin.